

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Theodor Schöner

Anzeigen
Anzeigen in der Saale-Zeitung werden in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeit 75 Pf. für 1000 und außerdem 10 Pf. für die Anzeigen-Expeditionen.
Erste Seite täglich einmal, Sonntag und Montag einmal.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigerstraße 17; Reichendammstraße, Post 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I.; Telefon Nr. 591 u. 176.

Nr. 217. Halle a. S., Donnerstag, den 12. Mai. 1910.

Die Aussichten der Wertzuwachssteuer.

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen, ohne die Wertzuwachssteuerfrage erledigt zu haben. Die Kommission hat zwar noch bis zum Schluss der Tagung eifrig gearbeitet. Aber es erwies sich als unmöglich, noch vor Pfingsten die zweite und dritte Lesung im Plenum vorzunehmen. Der Versuch des Reichstagspräsidenten, die Erledigung der Vorlage in einigen Sitzungen nach Pfingsten zu erzielen, scheiterte an dem nahezu einseitigen Widerspruch der Parteien; es bestand auf keiner Seite Neigung, um dieser Vorlage willen nach Pfingsten die Arbeit in Berlin wieder aufzunehmen, was nach der überaus anstrengenden Tagung sehr bedenklich ist.

Zudem ist es im hohen Grade zweifelhaft, ob das Gesetz zustande kommen würde, wenn der Reichstag alsbald nach Pfingsten in die zweite und dritte Beratung eintreten würde. Je länger die Verhandlungen der Kommission gebauert haben, um so mehr ist die Erkenntnis gewachsen, daß die Durchführung des Gedankens auf außerordentlich große Schwierigkeiten stoßen muß, die vor allem darin ihren Grund haben, daß die in Frage kommenden Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen sowie in den Städten, den industriellen Bezirken und auf dem Lande außerordentlich verschieden sind. Man ist sich mehr und mehr darüber klar geworden, daß die Einführung einer Wertzuwachssteuer am zweckmäßigsten den Gemeinden zu überlassen ist, die der Eigenart der örtlichen Verhältnisse am besten gerecht werden können. Und es wird ernstlich erzwungen, ob nicht eine gesetzliche Regelung gefunden werden kann, die dem Reiche einen bestimmten Anteil an den Erträgen der Wertzuwachssteuer sichert, ohne daß das Reich selbst ein besonderes Steuergesetz erläßt. Voraussetzungslos wird nach der Sommertagung über diese Frage in der dritten Lesung, die sich die Kommission vorbehalten hat, eingehend verhandelt werden.

So unerwünscht die Unsicherheit ist, die durch das Hin- und Herbewegen der Entscheidung über die Vorlage auf dem Grundstücksmarkt entstehen muß, so ist doch andererseits damit die Möglichkeit gegeben, die Frage in den kommenden Monaten einer gründlichen Erörterung zu unterziehen. Mit Recht ist in einer großen Zahl von Eingaben der beteiligten Kreise darüber Klage geführt worden, daß die Beratung im Reichstag überhaupt und den berufenen Vertretungen wirtschaftlicher Interessen keine Gelegenheit gelassen wird, zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Durch die Vertagung des Reichstages wird es möglich, diesem berechtigten Verlangen zu entsprechen. Und es ist sehr erwünscht, daß die in Frage kommenden wirtschaftlichen Kreise sich nunmehr mit der Angelegenheit eingehend beschäftigen und ihre Ansfassungen dem Reichstage zur Kenntnis bringen. Wir sind allerdings der Ansicht, daß die Meinungen noch keineswegs ausreichend geklärt sind, und daß das für und Wider eine weitere gründliche Erörterung sehr gut vertragen kann.

Die von den Bodenreformern gehegte Hoffnung, daß die Wertzuwachssteuer ein Sinken der Bodenpreise im Gefolge haben wird, vermögen wir nicht zu teilen. Vielmehr sind wir der Ansicht, daß gerade im Gegenteil ein Steigen der Bodenpreise die notwendige Folge des Gesetzentwurfes sein wird. Die Terraingesellschaften werden unter allen Umständen den Versuch machen müssen, die Mehrbelastung auf die Käufer abzuwälzen. Es ist auch eine falsche Auffassung, als ob die Terrainunternehmer stets abnorme Gewinne einheimen. Ihr prozentualer Gewinn ist pro Jahr und auf das Kapital gerechnet, nicht größer, als derjenige irgend einer soliden Industrieunternehmung. Wir meinen den soliden Unternehmer, nicht die ziellosen Spekulant, deren Zahl zu klein ist, um für die Wertzuwachssteuer von Bedeutung zu sein. Gute Terrainunternehmer aber kalkulieren sicher wie jeder Warenhändler; sie müssen in ihre Kalkulation auch die Wertzuwachssteuer einschließen und eine natürliche Folge ist eine Verteuerung der Bauplätze.

Gerade das schon seit längerer Zeit vorhandene Darunterliegen des Baugewerbes sollte ein Anlaß zur Mahnung sein, nur äußerst vorsichtig und schonend an den Versuch heranzutreten, den Grundstücksverkehr noch weiter zu belasten. Man man aber den Versuch machen, so lege man die Abgabe nicht mit hohen Beträgen auf die Schultern einzelner Kreise, sondern belaste möglichst niedrig den gesamten Grundstücksverkehr, also auch die Gemeinden, Fideikommiss und diejenigen Personen, welche Grundstücke erwerben. Wert der Regierungsentwurf oder die bisherigen Vorschläge

der Kommission Gesetz, so wird es eine dauernde Unruhe und Unstimmigkeit im Gefolge haben und den Zweck, eine neue Steuerquelle zu erschließen, nicht erfüllen. Hoffentlich erfährt aber der Gesetzentwurf bei den gesetzgebenden Körperschaften diejenigen Änderungen, die geeignet sind, wenigstens die schwersten wirtschaftlichen Schäden abzuwenden.

Roosevelt in Doberitz.

Theodor Roosevelt hat sich gestern weder durch seinen Bronchialkatarrh, noch durch die hierdurch doppelt unliebsame Unsicherheit der Witterung abhalten lassen, der Einladung des Kaisers zu dem militärischen Schauspiel in Doberitz zu folgen. Im Automobil begab er sich mit seinem Sohne Kermit nach dem Truppenübungsplatz, wo er um 1/2 9 Uhr eintraf. Um 9 Uhr begann die Uebung. Der Kaiser und sein Gattin nahmen auf dem Mühlenteich Aufstellung und beobachteten von dort aus die Entwicklung des Gefechtes.

In der Uebung nahmen teil die Augustaner, zweitens das Kaiser-Alexander-Garde-Regiment und als drittes Infanterie-Regiment das 2. Garde-Regiment zu Fuß. Dazu die reitende Abteilung des 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments, eine Eskadron der 1. Garde-Dragoonen, die Garde-Fuzilars und die Garde-Kürassiere.

Ankunft des Kaisers und Roosevelts.

Kurz nach 8 Uhr traf, in Automobilen von Berlin kommend, der kommandierende General des Gardelorsps von Löwenfeld mit dem Stabschef und der Adjutantur ein; darauf kam, gleichfalls im Automobil, der Oberkommandierende in den Marken, General v. Kessel, und kurz nach 7/8 9 Uhr erschienen in drei Automobilen Ex-Präsident Roosevelt mit seinem Sohne Kermit in Zivil, dem Militärbevollmächtigten der amerikanischen Botschaft Hauptmann der Artillerie Spahrle in Kasakuniform mit dem breiten amerikanischen Gürtel. Der Präsident wurde am Brückenaussgang von dem geringen Publikum, das erschienen war und unter dem sich zwei niedliche Amerikanerinnen befanden, lebhaft begrüßt und er dankte aus der geschlossenen Automobiltür. Dann fuhr er an der Kommandantur entlang über die Mühlenteichbrücke nach dem alten Dorfe Doberitz, wo er zu Pferde stieg und vom Kaiser, der inzwischen im Automobil ebenfalls von Potsdam kommend, eingetroffen war, begrüßt wurde.

Das Gefecht.

Sofort nach 9 Uhr begann die Uebung, die Kavalleriepatrouillen der blauen Abteilung übergriffen die Rauener Chaussee, und bald darauf setzten sich Teile der Gardehufaren und der Gardebürassiere in Vorkampf gegen die feindliche Stellung. Nachdem Patrouillen der Rauener Chaussee übergriffen hatten und sich in dem Wald rechts und links aufbauten, machte die Maschinen-gewehrabteilung der Gardehufaren einen Vorstoß. Mit großer Schnelligkeit hatten sie längs der Rauener Chaussee, rechts vom Rohrbeder Fleck, eine kleine Deckung ausgehoben und brachten, auf dem Boden kriechend, die Maschinengewehre in Stellung. Sie befiessen in lebhaftem Feuer die Artillerie, die hinter der Rohrbeder Höhe aufgefahen war, und dünne Infanterieeinheiten, die sich am Bahndamm eingebaut hatten. Es waren die 5. Garderegadiere aus Spandau, die hier ihre ersten Infanterietruppen vorgebracht hatten. Bald aber entwickelte sich hinter dem Dorfe Rohrbach aus das ganze Regiment und auf der Höhe das 5. Garderegiment zu Fuß. Auch schwere Artillerie, gestellt vom Garde-Fußartillerieregiment in Spandau, kam ins Gefecht. Gegen 12 Uhr machte das Signal „Das Ganze Halt“ der intensiven Gefechtsübung, an der auch der Kronprinz teilgenommen hatte, ein Ende. Um 12 1/2 Uhr zog der Kaiser die Kommandeure und Offiziere zur Kritik zusammen. Dann fand zwischen Wolfersberg und Weinberg ein Vorkampf sämtlicher beteiligten Truppen statt. Gegen 2 Uhr war der Vorkampf beendet, und hiernach begaben sich der Kaiser nach dem Neuen Palais und Roosevelt mit seinem Sohne nach Berlin zurück.

Gestern abend gab der amerikanische Botschafter Dr. Hill in seinem Hotel ein Bankett, an dem neben der Familie des früheren Präsidenten auch der Reichstag v. Bethmann Hollweg und Staatssekretär v. Schönemann teilnahmen. Ferner waren geladen u. a. der ehemalige amerikanische Gesandte in Paris Erzengel, White und Gemahlin, der Rektor der Universität Prof. Erich Schmidt und Gattin, der frühere Bürgermeister von Newport Seth Low und Frau, der amerikanische Generalmajor Thaddeus, der amerikanische Marineattaché Capt. Spahrle sowie die ersten und zweiten Berater der Botschaft mit ihren Gattinnen.

Deutsches Reich.

Graf Zeppelin und die Militärverwaltung.

Der Reichstagsabgeordnete Prinz Schoenaich-Carolath hatte bekanntlich ein Zusammenhören mehrerer Parlamentarier mit dem in Berlin weilenden Grafen Zeppelin ermittelt. Es waren gekommen die Herren Arendt,

v. Liebert, Dr. Weber, Dr. Heine, Fuhrmann, Dr. Krause, Dr. Friedberg, Dr. Schiffer, Dr. Mühlberg, Fiedler und Casell, außerdem waren der Oberbürgermeister von Charlottenburg, Schuster, und Oberst von Bülow, der Bruder des Reichstagspräsidenten, erschienen.

Die Zusammenkunft hatte außer dem Zweck, die Besanntheit mit Zeppelin zu vermitteln und ein Zusammenhören mit dem großen Erfinder zu ermöglichen, den Erfolg, größere Klarheit über die Schwierigkeiten zu gewinnen, denen Graf Zeppelin in der Verfolgung seiner Flugbegehren ausgesetzt ist. Wieder trat die rührende Bescheidenheit Zeppelins hervor, aber, wenn er auch noch so bescheiden und zurückhaltend war, blieb doch unverkennbar, daß er mit Hindernissen an amtlicher Stelle zu kämpfen hat. Bei den Anwesenden wurde vielfach der Eindruck erweckt, daß das Unglück des „Z. 2“ durch Mangel an erfahrenen Steuerleuten beeinträchtigt sei. Solche Steuerleute sind bekanntlich aus dem Schiffe hinausbeordert worden, um Offizieren als Götterplatz zu machen. In den Kreisen der Parlamentarier sieht man es aber als höchst unerwünscht an, wenn gesellschaftliche Rücksichten über die rein sachlichen im Weg davontragen. Der Vorkampf, den Deutschland in der Luftschiffahrt besitzt, kann jedenfalls nur aufrecht erhalten werden, wenn weitere Versuche in Fülle gemacht und möglichst viel tüchtige Steuerleute ausgebildet werden. Die abweisende Haltung der Militärverwaltung soll so weit gehen, daß der Kriegsminister anfangs nicht einmal zu einem Empfang Zeppelins bereit war. Auch andere amtliche Stellen vermeiden es peinlich, mit Graf Zeppelin in eine Erörterung der ihn betreffenden Fragen einzutreten. Auch der Kaiser hat mit dem Grafen Zeppelin nichts über diese Dinge gesprochen.

Im Kriegsministerium

wurde dem „Berl. Lok.-Anz.“ auf Anfrage zu obigen Mitteilungen folgendes bemerkt:

„Es muß als Wiederbegehr der Aeußerung Sr. Exz. des Grafen Zeppelin ein Mißverständnis vorliegen; denn es besteht auf Grund eines persönlichen Meinungsaustausches zwischen dem Kriegsminister v. Heeringer und dem Grafen Zeppelin — erit vor wenigen Tagen — eine längere Unterredung zwischen beiden Herren statt — auf beiden Seiten ein Einverständnis darüber, daß die Erfahrungen und Kenntnisse des Grafen Zeppelin auf dem Gebiete der Luftschiffahrt im Kriegsministerium bei Erörterung bestimmter Fragen dieses Gebietes ausgenutzt werden sollen.“

Erklärung des Hanfverbandes gegen die Wahlrechtsvorlage.

Der Hanfverband veröffentlicht in seinem „Mitteilungen“ die nachstehende Erklärung:

„Der nunmehr zur Verabschiedung vorliegende Entwurf des preussischen Wahlrechts verliert sich nach unserer Ueberzeugung in wesentlichen Punkten gegen die wirtschaftlichen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie, welche mehr als zwei Drittel der Staatslasten tragen. Für die im Hanfverband vereinigten Kreise der Industrie, des Handels, des Handwerks, und der Angestellten muß vor allem eine Wahlreform gefordert werden, die den Ungerechtigkeiten und Ungleichmäßigkeiten der heutigen Wahlkreis-einteilung ein Ende macht und den Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse entspricht.“

Nach wie vor ist daher eine Einteilung der Wahlbezirke zu fordern, die in völlig gleichem Umfange wie den landwirtschaftlichen Interessen so auch den kaufmännischen und gewerblichen Rechnung trägt. Jedenfalls aber ist die Zahl der Abgeordneten zu vermehren und sind die neu geschaffenen Sitze denjenigen Wahlkreisen zuzumessen, in denen Handel, Gewerbe und Industrie, wie in den eigentlichen Montan- und Industriebezirken des Westens und der Mitte des preussischen Staates, besonders hervortreten. Im übrigen nehmen wir auf die bereits der Öffentlichkeit unterbreitete Stellungnahme des Hanfverbandes zur Wahlreform Bezug und wiederholen namentlich, daß keine Wahlreform denkbar ist ohne die direkte Wahl, welche in der Begründung der Regierungsvorlage als der modernen wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend bezeichnet wurde. Das jedenfalls ist sicher: jede Wahlreform, welche dieser Entwicklung nicht Rechnung trägt, ist nicht geeignet, eine auch nur vorläufige Beendigung der Kämpfe herbeizuführen.“

Kaliindustrie und deutsch-amerikanische Handelsinteressen.

— Aus Newport war gemeldet worden, daß das Staatsdepartement den Berliner amerikanischen Botschafter angewiesen habe, bei der deutschen Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die vom Reichstag geplante Monopolisierung der Kaliindustrie gegen die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen gerichtet sei. In Berliner zuständigen Stelle ist von einer derartigen Vorstellung der amerikanischen Regierung bisher nichts bekannt. Sollte sie erfolgen, so würde sie zu spät kommen, weil der Reichstag den Kaliengesetzentwurf verabschiedet und Handelsminister Eyhove bereits die Zustimmung der Bundesräte in den Reichstagsbeschlüssen des Reichstages angedündigt hat.

Der verwaiste Erzbischofsstift Polen-Gnesen.

Der Widerbesetzung des seit 2 1/2 Jahren verwaisten Erzbischofsstiftes Polen-Gnesen wird dem „Stomo“ gemeldet, daß die Angelegenheit eine im politischen Sinne ansehnliche Wendung nehme; möglich sei die Ernennung des Domherrn und Kanonikus Sander aus Gnesen, den die preussische Regierung begünstige. In diesem Falle sei der Besuch des Reichstanzlers beim Vatikan nicht ohne Einfluß gewesen.

Hierzu ist zu bemerken, daß man in den deutschen Kreisen von Polen schon seit der Zeit mit der Kandidatur Sanders rechnet, da Sander, der Militärpärzer war, von der Staatsregierung zum Domherrn in Gnesen ernannt wurde, wo er sich bald darauf die Kenntnis der polnischen Sprache aneignen begann. Andererseits verkennt man die gewaltigen Schwierigkeiten nicht, mit denen ein deutscher Erzbischof als Nachfolger Stabrowskis von Seiten der Polen zu rechnen haben dürfte.

Im Antoniusstift.

(Polizei und katholischer Fürsorgereine.) Die gemalsame Abführung eines unangenehmsten katholischen Mädchens, das mit einem evangelischen verlobt ist, durch die Mütterliche Polizei in das Antoniusstift hat weithin Aufsehen erregt und zu Besprechungen im preussischen Abgeordnetenhaus Anlaß gegeben. Der Zentralmutterliche Schiedsgericht hat am Sonnabend, ohne auf den Kernpunkt der Frage, die Haltung der Polizei, einzugehen, versucht, den Vorfall so harmlos wie möglich darzustellen; die Mutter soll weiter nichts als ihr Elternrecht wahrgenommen und, um ihre Tochter vor sittlicher Verwahrlosung zu bewahren, ihre Aufnahme im Antoniusstift beantragt haben. Ausführlicher äußert sich die Zentrumspreffe auf Grund eines Auftrages des ultramontanen „Mütterlichen Anzeiger“ (Nr. 325).

Danach hat sich in der Tat alles so abgepielt, wie es die „Deutsches-Engelische Korrespondenz“ geschildert hat; nur wird bestritten, was nie behauptet worden ist, daß „in dem Antrag der Mutter“ die evangelische Konfession als Hindernisgrund der Ehe angegeben worden sei. — Mit so offenen Karten spielt man schließlich auch im schwarzen Münster. Wenn es heißt, der Bräutigam, ein gelernter Mechaniker, mit dem besten Militärzeugnisse, der in der letzten Woche 49 Mart verdient hat und dem kein eigener Prinzipal eine Lebensstellung als Wertmeister in Aussicht gestellt hat, nicht die Gewährung für die dauernde Unterhaltung einer Familie, so entspricht das so wenig den Tatsachen wie die nichtswürdige Behauptung, die Tochter sei vor sittlicher Verwahrlosung zu schützen gewesen. Deshalb hat die Hebermahlung eines ordentlichen, ungeschulten Mädchens, das ordentlich bleiben wollte und ein Wohl bei, ebenfalls, freilich evangelischen Leuten gefunden hatte, in das Antoniusstift in die Wege geleitet, in ein Stiff, das nach dem Mütterlichen Anzeiger bestimmt ist für „gefallene und gefährdete Mädchen und Frauen“. So hat man öffentlichen Mitleid dem Mädchen angehängt, angeblich, um der elterlichen Gewalt Respekt zu verschaffen, in Wahrheit, um damit einen Druck auf das Mädchen in der Heiratsangelegenheit auszuüben. Schreibt doch der „Mütterliche Anzeiger“:

„Die Polizei hat der Mutter die erbetene Hilfe geleistet, und der Anordnung der Mutter entsprechend ist das katholische Mädchen in das Antoniusstift aufgenommen, bis es den Beschlüssen ihrer Mutter zugewilligt nachzukommen vermag.“

Daß die Polizei selbst mit der Zeit anderer Meinung über die Angemessenheit geworden ist, beweist die am Freitag erfolgte Entlassung des Mädchens aus dem Antoniusstift; wenn auch mit der Weisung, zur Mutter zurückzukehren.

Das Mädchen ist noch einmal wieder zu den zukünftigen Schwiegereltern gegangen und ihr Gattegebet hat bei der Staatsanwaltschaft gegen die, welche das Mädchen interniert haben, Strafantrag wegen Freiheitsberaubung gestellt. Dem Zentrum aber und seinen Schlepptänzern, unter denen auch in diesem Falle die hochkonterative „Deutsche Tageszeitung“ voran marschiert, wird es nicht gelingen, der Angelegenheit ihren richtigen Charakter zu nehmen. Der katholische Fürsorgereine läßt sich nicht aus der Schutzlinie herausbringen. Als der zukünftige Schwiegervater und der evangelische Geistliche auf der Polizei die Frage stellten, wer die gemalsame Überführung durch die Polizei in das Antoniusstift veranlaßt habe, gab ein Polizeibeamter die Antwort: Frau Justizrat S. (die Vorleserin des kathol. Fürsorgereins); Herr Justizrat S. hat ein Protokoll aufgestellt, das die Mutter unterschrieben hat.“ Das sagt genug.

Die Südwesafrikaner und die Reichsregierung.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt:

Nach einer überseeischen Korrespondenz hat der Landesrat in Windhorst mit einer Resolution geschlossen, in welcher er erklärt, außerstande zu sein, der Politik des Reichscolonialamts mit Zuversicht zu folgen. Die Resolution soll veranlaßt sein neben der in ihr selbst enthaltenen Begründung durch wiederholte Ausdrücke der Nichtachtung, welche der Staatssekretär gegenüber den Südwesafrikanern geäußert habe.

Gelegentlich der Erörterung der Frage, ob und in welchem Umfange die Selbstverwaltungsbezüge des südwesafrikanischen Schutzgebietes auszubehnen seien, hat der Staatssekretär bei der allgemeinen Schilderung des wirtschaftlichen und sozialen Aufbaues auf Grund der von dem Gouvernement eingesetzten Jahresberichte die Feststellung zu machen gesucht, daß in dem Schutzgebiet eine nach Nationalitäten stark geordnete Bevölkerung ihren Wohnsitz habe, daß die Kriminalität der Weissen im Vergleich mit der Seimat eine außerordentlich hohe, der Alkoholverbrauch der weissen Bevölkerung ein sehr bedenklicher sei, und das Ansehen des Missionswesens, der lohnenden Baitards, gerade in den letzten Jahren eine sehr bedrohliche Ausdehnung genommen habe. Diese objektiven Feststellungen sind bisher nach keiner Richtung entkräftet worden. Sie waren für die Beurteilung der Sachlage nicht entbehrlich.

Das offizielle Blatt sucht dann die längeren das Missionswesen des Landesstats zu entkräften, das dieser damit begründet habe, daß Staatssekretär Derenburg es abgelehnt habe, bezüglich des Vertrages mit der Kolonialgesellschaft den Landesrat anzuhören.

Kleine politische Nachrichten.

„Das Recht ist nur eine Theorie.“

Außerdem machte die Neuerung des Stellvertreters des bayerischen Kultusministers v. Wehner, als es sich um die Bestellung des Professors Hadenberger handelte, dem man

liberale Ideen nachsagte und den man deshalb kassieren wollte. Als Professor Hadenberger in einer Audienz sich darauf berief, daß nach der Verfassung alle Bürger gleiches Recht hätten, hat der Stellvertreter Herr v. Rapp erklärt: „Das Recht ist bloß eine Theorie. Mit anderen Beamten haben wir die gleichen Schwierigkeiten.“

Der Vorfall erregt in München großes Aufsehen. Die Regierung wird sich dazu zu äußern haben.

Patriotismus und Geschäft.

Das sozialdemokratische „Bauer. Wochenblatt“ wies folgende pikante Begebenheit zu berichten: Die bayerische Militärverwaltung hat an die Zentralgenossenschaft der preussischen landwirtschaftlichen Konsumvereine die Anfrage gerichtet, wie diese sich zur Frage der Getreideverteilung im Kriegsfalle stelle. Die Generalversammlung der Zentralgenossenschaft beantwortete die Frage dahin, daß sich die Genossenschaften unter keinen Umständen die Verpflichtung auferlegen könnten, eine bestimmte Menge zu liefern. Die Erörterung habe gezeigt, daß im Falle eines Krieges die Preise steigen, und dann werde eben an den Verkauf, der am meisten zahlte. Was mag die bayerische Militärverwaltung zu solcher Rundgebung agrarischer Vaterlandsiebe gesagt oder doch wenigstens gedacht haben?

Ein Steuerzettel über — einen Pfennig

ging kürzlich, wie aus M. Stadtschreiber berichtet wird, einem dortigen Bürger zu. Das inhaltlose Papier wurde ihm von einem Beamten der städtischen Steuerkasse eigens in seine im Stadtreise Eiden gelegene Wohnung gebracht. Da der Beamte aber nicht ermächtigt war, die Steuer gleich mit einzuziehen, so mußte der Bürgermann sich selbst zur Steuerkasse nach dem Rathaus begeben, wo ihm nach Zahlung des Pfennigs eine von zwei Beamten unterschriebene Quittung überreicht wurde. Dann konnte der brave Bürger vergnügten Sinnes wieder heimgehen, und St. Bureaustratus hatte einen neuen, herrlichen Sieg davongetragen.

Soz. und Personalnachrichten.

Im Zwischen dem Kaiser und dem Prinzregenten Luitpold von Bayern fand anlässlich der Hoftheater in der Walhalla ein sehr herzlicher Despatcheswechsel statt.

Das Ehrenpräsidium des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose hat an Stelle des ausgeschiedenen Fürsten Bismarck der Reichstanzler von Bethmann Hollweg übernommen.

Ausland.

Die Königin-Mutter von England

ist nun doch ernstlich erkrankt. Sie leidet so sehr an Schlaf- und Appetitlosigkeit, daß das schlimmste befürchtet wird. Erst einmal hat die Königin Lindernde Tränen gefunden. Es war dies, als ihr Entel, der kleine dänische Daif, neben ihr stand und, indem er ihr die Wangen küßelte, sagte: „Arme Großmama!“ Königin Alexandra steht im 64. Lebensjahre.

Die Königin an das englische Volk.

Als Antwort auf die vielen Sympathieäußerungen aus dem ganzen Lande hat die Königinmutter Alexandra einen Brief an das englische Volk gerichtet. Sie sagt darin:

„Aus der Tiefe meines armen, getrockneten Herzens wünsche ich dem ganzen Volke, das ich so sehr liebe, meinen tiefsten Dank auszusprechen für den rührenden Ausdruck des Mitleids in meinem unausprechlichen Kummer, der mit allen Klassen, von hoch und niedrig, reich und arm, zuteil geworden ist. Möge Gott uns allen helfen, dies schwere Kreuz zu tragen, das er uns auferlegt hat. Ich vertraue meinem lieben Sohn Erzer Fürsorge an in dem Bewußtsein, daß er in des Vaters Fußtapfen treten wird, indem ich Euch bitte, ihm dieselbe Treue und Ergebenheit zu erweisen, die Ihr dem Vater erwiesen habt. Ich weiß, daß mein lieber Sohn und meine Schwiegermutter ihr Bestes tun werden, bis zu verbieten.“

König Georg und die Katholiken.

Um einem Wunsch seiner römisch-katholischen Untertanen gerecht zu werden, hat König Georg die Ausarbeitung eines Gebetsbucens angesetzt, durch welchen ein den Katholiken anhängiger Passus aus der Erklärung des Königs bei der Thronbesteigung ausgeschaltet werden soll. Dieser Passus lautet:

„Ich erkläre, daß die Anrufung oder Anbetung der Jungfrau Maria oder irgend eines anderen Heiligen und die Gebetung der Messe, wie sie jetzt von der römischen Kirche gehalten wird, abergläubisch und göddiennerisch sind.“

Die letzten Worte sollen durch die Wendung „meinem Glauben entgegengekehrt“ ersetzt werden. Es heißt, daß die orangefarbenen Abgeordneten, das sind die protestantischen Krüden sowie die extremen Protestanten auf beiden Seiten des Hauses die Veränderung bestig bekämpfen werden. Die anfängliche Stelle wurde zuerst bei der Thronbesteigung des Königs Wilhelm und der Königin Maria im Jahre 1859 gebraucht. Die römischen Katholiken haben früher schon häufig versucht, die Ausschaltung der Worte zu erreichen, welche die Gebrauche der Kirche von Rom als abergläubisch und göddiennerisch bezeichnen.

Ägypten reif für die Revolution.

S Aus Konstantinopel wird geschrieben:

Mit größter Aufmerksamkeit verfolgt man hier die Entwicklung der Dinge in Ägypten, wo die Aufhebung der meitervorigen Reichsverbürdungen den Ausbruch einer Revolution gegen England ankündigt. In diese Verbürdungen sind fast die ganze Studentenschaft und zahlreiche eingeborene Staatsfunktionäre verwickelt. Die Verbürdeter haben riesige Warenmengen eingeschmuggelt und in geheimen Depots aufbewahrt. England ist der eingeborenen Soldaten nicht mehr fähig. Im arabischen Blatte „Lema“ warnt zwar der ägyptische Offizier Mohamed Saki seine Landsleute vor Ungehörigkeiten, daß Englands Macht unterschätzt werde; aber die Nationalisten wollen trotzdem loslagern, angeeifert durch die Erfolge der arabischen Revolution gegen die Türkei. Sie träumen von der Ausrückung eines großen Araberreiches vom Nil bis zum Persischen Golf. Die Worte befürchten. England werde die Situation zur Erklärung der Annexion Ägyptens ausnützen.

Japan und Amerika.

Eine in New York nicht sehr beachtete Rede des Präsidenten Taft hat, worin dieser ausführt, die Mandchurien nicht für sich allein, sondern für die ganze Welt, in dem unbedingten, zu einem „offenen Markt“ gelte, hat in Tokio, wie man hier berichtet, außerordentliches Aufsehen erregt. Die der Regierung nahestehende „Yorokuzi“ schreibt:

„So frühen Ausführenden Itze für den amerikanischen Präsidenten durchaus kein Anlaß vor. Vielmehr möge man sich erinnern, daß die Politik der offenen Märkte durch niemand mehr gefährdet werden könnte, als durch eine Nation, die in der Mandchurien keine politischen Interessen hat, aber doch ihre Kaufkraft immer wieder in die mandchurischen Angelegenheiten hineinstecken muß und diejenigen Staaten, die dort besondere Interessen zu verteidigen haben, an einer selbstlosen Verwaltung hindert.“

Präsident Taft ist heute in Japan außerordentlich beliebt.

Halle und Umgebung.

Salle a. S. 12 Mai

Der Nordpolfahrer Peary

ist gestern abend mit seiner Familie von Auerfurt nach Halle gefahren und im Hotel „Preußischer Hof“ abgesehen. Peary zog sich sofort auf sein Zimmer zurück, um vorzut zu schlafen, denn er wollte noch in der Nacht über München die Reise nach Rom antreten. (Siehe unter Provinz.)

Wetterlaunen.

Am den Meßmenschen der himmlischen Wettermaschine ist unbedingt etwas nicht in Ordnung. Unangenehme Kälte, kalte Regenwolken, schneidende Winde schienen noch gestern vormittag in Permanenz erklärt und veranlaßten uns im Abendblatt zu einer wehleidigen Betrachtung über den ungnädigen Wettergott. Aber die Zeitung war noch nicht in den Händen unserer Leser, da schaute es draußen ganz anders aus: das Bild stimmte gar nicht mehr, die Generie war mit einem Schlage verändert!

Hatte am Morgen das Thermometer nur 6 Grad über Null gezeigt, ja hatte es am Vormittag nicht fern von unserer Stadt bei kaltem Wind gehagelt, so, in der Sangerhäuser Gegend, so wachte mit einem Mal feuchtwarmer Frühlingssonne und schauete geradezu drückende Temperatur. Das Quecksilber stieg auf 24 Grad, also ein Unterschied gegen Morgen von 18 Grad!

Und das in derselben Stunde, mo aus Oberitalien und Tirol Nachrichten von Kälte und kalten Schneefällen kommen!

Ja, da muß wirklich in jenen oberen Regionen, mo man das Wetter macht, irgend ein netzlicher Kobold kein Spiel treiben. Und wer kam das weiter sein? Kein anderer ist es, als der launische Wettenkammer, der Halleische Komet, der die Menschheit durch seine Kapriolen lört. Nun, seine Tage sind ja auch gezählt, dann taucht er wieder unter im All und seine Stätte fermet man nicht mehr. Wenn er uns übrigens in gleicher Weise wie gestern nachmittag zu Nipfingen bedenk, dann können wir uns den Scherz schon gefallen lassen.

14. Vertreter-Versammlung

des Verbandes der Obst- und Gartenbauvereine im Bezirk der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen.

II.

Sehr eingehend sprach Herr Schindler von der Tätigkeit des Verbandes. Die Obstärzte in Magdeburg sind zu voller Zufriedenheit verlaufen, was sich von den Obstmessen nicht beaupten läßt. Es lag wohl daran, daß weder Händler noch Käufer das nötige Vertrauen hatten. Infolgedessen waren auch die Preise zu hoch. Weiter hat der Verband Verträge mit Baumgäulen geschlossen, durch die eine reelle und billige Lieferung garantiert ist. Sehr wesentlich ist ein Ministerialerlaß, nach dem Beihilfen für Neuanlagen gewährt werden. Letzter ist davon viel zu wenig Gebrauch gemacht worden, während andere tüchtige Kräfte davon den Vorteil hatten.

Der Redner erklart weiter Bericht über die Ausfuhrbestände vom vorhergehenden Jahre. Unter anderem hat man sich mit der Frage einer Obstschadensstelle, Verpackungsfrage, Zuschüsse an Beredne, Ausbuddung von Gärtnern beschäftigt. Die Ausfuhr ist für die Obsterte die des Jahres erklärt Herr Schindler, jommt man das nach der Wüte beurteilen kann, als sehr günstig.

Weiter Erfüllung der Lieferungsverträge

Sprach als nächster Redner Herr Plantagenbesitzer Frau A. Köhler. Er warnte vor alzu leichtfertigen Abschließen von Lieferungsverträgen und belegte die Gefahr, die damit verbunden ist, durch mehrere Beispiele. Landwirte, die sich bedingungslos für ein gewisses Quantum Obst oder Gemüse verpflichten, sind oft ruiniert, wenn die Ernte vermag. Der Abschluß von Verträgen mit Händlern und Konferenzfabriken sei allerdings notwendig, weil man die Ware unterbringen müsse und es später schwer habe, bei überfülltem Markt zu verkaufen. Es gebe aber ein sehr einfaches Mittel, um sich vor jedem Risiko zu schützen, man schreibe über den Vertrag „Witterung vorbehalten“. Auf die elementaren Ereignisse dürfe man dabei nicht rechnen, da die Händler diesen Betrag verstanden lassen. So ist Trockenheit kein Anpflanzen sicher eine force majeure, da diese Pflanzen daran zu Grunde gingen, werde aber nicht juristisch als solche anerkannt. Außerdem solle man im Verträge, wenn irgend möglich, keine Quantität festlegen. Sei es aber unbedingt nötig, dann nicht zu hoch, habe aber einen eventuellen Werspruch bei guter Ernte auszubringen.

In der recht lebhaften Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß der Händler dem Verträge aus innerer Treue bleiben müsse, auch wenn die Preise gefallen seien. Dann würde der reelle Händler auch seinerseits bei ungnädiger Ernte entgegenkommen.

Herr Deconomist Rabe erinnerte an eine Broschüre der Landwirtschaftskammer, in der von juristischer Seite auf die Lieferungsverträge ausführlich eingegangen wird.

Da Generalsekretär Korb erkrankt war, sprach Herr Direktor Müller über

Rüßlanlagen.

Einen großen Verlust bedeutet, wie er ausführt, für den Gärtner das rasche Fallen der Früchte. Man hat nun in Amerika durch Rüßlanlagen erreicht, daß die Früchte sehr lange erhalten wurden. Redner hat die Anlagen des bekannten rheinischen Obstzüchters Schmidt-Eichig besichtigt, der sich diese amerikanische Neuerung bereits nutzbar gemacht hat. Die Kletterer sind, sowohl Wände wie Fußboden und Decke mit Koroplasten belegt, um die Temperatur gleichmäßig zu erhalten, während Rüß-

Ballonfahrt in Nordamerika.

Ein Ballonflug, das an die jüngst in Deutschland vorgekommenen Ballonfahrten erinnert, hat sich in Rentado zugetragen.

Ein Ballon Forbes, einer der besten Ballonführer Nordamerikas, flog mit dem Schauliester Mr. J. Carrington

Vermischtes.

Güte, die Aufsehr verursachen.

In Neapel hat kürzlich einer der berühmtesten Gelehrten die bei den Arabern unserer Zeit für einen gefälschten

Daß ein Gut einen Volksaufsehr verursacht, steht in der Geschichte nicht vereinzelt da; in den meisten Fällen waren es sogar

Georgieffigkeit. Dadurch, daß sich der Gummischlauch des Gasometers zufällig von der Gasleitung löste, wurden in Breslau

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“) 3 Uhr 10 Minuten. Kredit 208,20, Diskont 188,47, Deutsche

Zum Kursnotiz. Berlin, 11. Mai. 4 1/2 Baulische Staatsanleihe 08/09 unkr. 18 10/175 1/2

Der Kautzenmarkt.

Berlin, den 11. Mai.

Table with 5 columns: Name, Gold, Brief, Ringe, and others. Includes Adler-Kall V. A., Alessandrabühl, and various other market participants.

Vom internationalen Zuckermarkt.

Die kräftige Erholung, die die letzten Apriltage brachten, setzte sich während der ersten Maiwoche fort. Die Kurse wurden

Der Hamburger Lagerbestand vermehrte sich um 106 000 (Vorjahr 181 300) Sack und stieg von 284 400 (Vorjahr 600 000) Sack.

Berliner Elektrizitätswerke. Aus dem in der Aufsichtsratsitzung am 9. cr. vom Vorstände erstatteten Bericht teilt die

Zwischen der Leipziger Spreßfabrik Akt.-Ges. und der Akt.-Ges. Union, den Leipziger Pressfabriken und Kornbrannt-

Ein neues Braunkohlenwerk. Die Braunkohlenwerksgesellschaft „Kral“ in Thära errichtet in Deutzer Flur ein zweites

Waren und Produkte.

Getreide. Berliner Futtermittelbörse. 11. Mai. Am Frühmarkt notierten Weizen mündl. 218,00

Hamburg, 11. Mai. (Getreidemarkt) Weizen ruhig, Oelöl. Mecklenb. 190-200. Roggen ruhig, Mecklenb. und Pomm. 148-160.

Hamburg, 11. Mai. (Getreidemarkt) Weizen ruhig, Oelöl. Mecklenb. 190-200. Roggen ruhig, Mecklenb. und Pomm. 148-160.

Zucker. Hamburg, 11. Mai. Rübenzucker I. Produkt, Basis 88%, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

Hamburg, 11. Mai. Good average Santos per Mai 45, per Sept. 45 1/2, per Dez. 45, per März 45

Kartoffelmehl und -Stärke. Berlin, 11. Mai. Kartoffelmehl u. -Stärke 20,00-20,50.

Fettwaren und Oele. Köln, 11. Mai. Ruböl loco 61,00, per Okt. 59,00.

Berliner Viehmarkt. Berlin, 11. Mai. (Städtische Schlachtviehmarkt) Amliche Biene der Distriktion I. Es standen zum Verkauf: 430

Chemische Produkte. Hamburg, 11. Mai. Chlorsilber per loko 8 3/4, Febr.-März 8,82 1/2

Wolle. Bremen, 11. Mai. Baumwolle still. Upl. loko mldt. 76,50 Pfg

Amerikanische Warenmärkte.

New York. 11.5. 105. Chicago. 11.5. 105. Weizen p. Mai 116 110, Weizen p. Mai 112 111

Hamburg-Amerika-Linie. (Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.) Nordamerika: Amerika S. Mai 5 Uhr 30 Min. nachm. Dover

Wasserstände.

Table with 4 columns: Name, Date, Water Level, and others. Includes Asten, Brökoppe, and various water levels.

Table with 4 columns: Name, Date, Water Level, and others. Includes Jungbunzl., Lau., and various water levels.

Wasserspiegel. Ausg. 11. Mai. Pegelstand plus 273 cm. Vom Oberlauf werden 34 cm Wechs gemeldet.

